

9 Punkte für die ersten 100 Tage: Was die neue Bundesregierung aus Sicht der Arbeitgeber sofort anpacken muss für eine Zukunftsagenda 2030!

Deutschland steht vor riesigen Herausforderungen. Für Stillstand haben wir keine Zeit. Wir brauchen jetzt eine Politik, die den Turbo anschaltet und keine Schlafwagenpolitik. Nach der Bundestagswahl muss durchgestartet werden, um Wirtschaftsstandort, Wachstum und Wohlstand langfristig zu sichern. Wir brauchen eine mutige Zukunftsagenda 2030.

Wir brauchen jetzt Impulse für eine starke Wirtschaft, um die Corona-Folgen aufzufangen. Die Schulden, die wir aufnehmen mussten, müssen zurückgezahlt, die Sozialversicherungssysteme stabilisiert und die Arbeitsplätze, die wir verloren haben, zurückgeholt werden. Zudem steht ein riesiger Strukturwandel vor uns – getrieben von Digitalisierung, Dekarbonisierung und Demografie. All das geht nicht gegen, sondern nur mit der Wirtschaft. Das ist eine gemeinsame Kraftanstrengung.

Wirtschafts- und sozialpolitisch hat sich einiges angestaut. Aus Sicht der BDA sollten folgende Punkte in den ersten 100 Tagen angepackt werden:

1. **Die Wirtschaft braucht ein klares Aufbruchssignal nach Corona.** Die neue Bundesregierung muss ein Entfesselungsprogramm für die Wirtschaft auf den Weg bringen mit einer umfangreichen Entbürokratisierung. Schwerpunkte sollten ein Planungsrecht sein, das Investitionen beschleunigt und nicht verhindert, sowie eine schnellere Digitalisierung der Verwaltung.
2. **Raus aus dem Krisenmodus, rein in den Reformmodus:** Weitere Belastungen und Regulierungen der Unternehmen müssen ausbleiben. Die neue Bundesregierung muss in einem ersten Schritt ein klares Bekenntnis zur Stabilisierung der Sozialversicherungsbeiträge auf 40 Prozent abgeben. Ohne Reformmaßnahmen droht hier eine erhebliche Steigerung. Wir brauchen eine Sozialpolitik, die auch an Morgen denkt.
3. **Mehr Netto vom Brutto:** Im Aufschwung benötigen Bürger und Unternehmen eine verlässliche Steuer- und Finanzpolitik. Von der neuen Bundesregierung erwarten wir die vollständige Abschaffung des Solis und des Mittelstandsknicks im Tarifverlauf sowie eine klare Absage an Steuerhöhungen. Denn höhere Steuern sind Gift für die wirtschaftliche Erholung nach Corona.
4. **Einstieg und Aufstieg durch flexible Arbeitsformen:** Planungssicherheit und mehr Dynamik im Aufschwung heißen auch, dass wir mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt brauchen, beispielsweise mit Instrumenten wie der befristeten Arbeit – einem der wichtigsten Sprungbretter in Beschäftigung.
5. **New Work muss New normal werden:** Die neue Bundesregierung muss endlich das deutsche Arbeitszeitrecht an die EU-Arbeitszeitrichtlinie anpassen. Sie ermöglicht es, die rechtlich zulässige Höchstarbeitszeit nicht auf den Tag, sondern auf die Woche zu beziehen. Zudem sollten Öffnungsklauseln in Tarifverträgen ermöglicht werden, um die Ruhezeiten besser zu handhaben. Damit sichern wir den Beschäftigten mehr Flexibilität bei der Gestaltung ihres Arbeitsalltags und verbessern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
6. **Der Schulweg muss in die Zukunft führen und nicht zurück zur Schiefertafel:** Die mangelnde Digitalisierung der Schulen wurde gerade während Corona überdeutlich. Wir sollten uns kurzfristig für mögliche weitere Corona-Wellen wappnen und mittel- und langfristig unser

Bildungssystem nachhaltig modernisieren. Hierfür müssen die Umsetzung des DigitalPakts Schule beschleunigt und bestehende Hürden abgebaut werden.

7. **Gezielte Fachkräftezuwanderung vereinfachen:** Der Fachkräftemangel bleibt ein Topthema für die deutsche Wirtschaft und für unsere Wettbewerbsfähigkeit in den kommenden Jahren. Deutschland muss attraktiver für ausländische Fachkräfte werden. Die neue Bundesregierung muss die Verfahren für eine gezielte und qualifizierte Fachkräftezuwanderung vereinfachen und beschleunigen, sowie bürokratische Hürden abschaffen.
8. **Sozialpartnerschaft stärken:** Wir erwarten von einer neuen Bundesregierung ein starkes Bekenntnis zur Sozialpartnerschaft und Tarifautonomie. Dazu gehört auch der Ausschluss einer politisch beeinflussten Erhöhung des Mindestlohns. Die Verhandlungen müssen bei der mit Sozialpartnern besetzten Mindestlohnkommission verbleiben. Ein Überbietungswettbewerb beim Mindestlohn beschädigt die Tarifautonomie.
9. **Staatsminister für Strukturwandel im Bundeskanzleramt:** Das Thema Strukturwandel in der deutschen Wirtschaft muss auch in der Politik Priorität bekommen. In der nächsten Legislaturperiode stehen wichtige und weitreichende Weichenstellungen an. Nichts kann mehr aufgeschoben werden. In der Bundesregierung muss dafür eine klare, neue Verantwortlichkeit installiert werden – am besten mit einem koordinierenden Staatsminister für Strukturwandel im Bundeskanzleramt.

Berlin, im September 2021